

Beschlussempfehlung und Bericht

des Haushaltsausschusses (8. Ausschuss)

**zu dem Antrag der Abgeordneten Dr. Gesine Löttsch, Gökyak Akbulut,
Matthias W. Birkwald, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.
– Drucksache 20/1117 –**

**Kommunen umgehend bei Geflüchtetenhilfe infolge des Ukraine-Krieges
finanziell unterstützen**

A. Problem

Aufgrund der Kriegshandlungen in der Ukraine haben bereits mehr als drei Millionen Menschen ihr Land verlassen, Hunderttausende von ihnen suchen in Deutschland Schutz. Um den Geflüchteten eine angemessene Versorgung und Unterbringung zur Verfügung stellen zu können, müssen die Kommunen schnell und unbürokratisch finanziell unterstützt werden.

B. Lösung

Um dieser gesamtgesellschaftlichen Aufgabe gerecht zu werden, sollte die Bundesregierung aus Sicht der antragstellenden Fraktion einen Gesetzentwurf vorlegen, mit dem den Kommunen ausreichende Finanzmittel zur Verfügung gestellt werden.

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und AfD gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE.

C. Alternativen

Keine.

D. Kosten

Kosten wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 20/1117 abzulehnen.

Berlin, den 21. September 2022

Der Haushaltsausschuss

Dr. Helge Braun
Vorsitzender

Dennis Rohde
Berichterstatter

Christian Haase
Berichterstatter

Sven-Christian Kindler
Berichterstatter

Otto Fricke
Berichterstatter

Peter Boehringer
Berichterstatter

Dr. Gesine Löttsch
Berichterstatterin

Bericht der Abgeordneten Dennis Rohde, Christian Haase, Sven-Christian Kindler, Otto Fricke, Peter Boehringer und Dr. Gesine Löttsch

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat die Vorlage auf **Drucksache 20/1117** in seiner 28. Sitzung am 7. April 2022 zur federführenden Beratung an den Haushaltsausschuss und zur Mitberatung an den Finanzausschuss und den Ausschuss für Wohnen, Stadtentwicklung, Bauwesen und Kommunen überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Mit dem Antrag der Fraktion DIE LINKE. soll der Deutsche Bundestag die Bundesregierung auffordern, einen Gesetzentwurf vorzulegen, mit dem umgehend ausreichende Finanzmittel den Kommunen in Deutschland – verteilt über die Länder je nach Betroffenheit der jeweiligen Kommunen – zur Verfügung gestellt werden, damit diese für eine vollständige, menschenwürdige Versorgung und Unterbringung aller Geflüchteten aus der Ukraine sorgen können.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Finanzausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 20/1117 in seiner 21. Sitzung am 21. September 2022 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und AfD gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE., die Vorlage abzulehnen.

Der **Ausschuss für Wohnen, Stadtentwicklung, Bauwesen und Kommunen** hat den Antrag auf Drucksache 20/1117 in seiner 17. Sitzung am 21. September 2022 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und AfD gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE., die Vorlage abzulehnen.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der Haushaltsausschuss hat den Antrag auf Drucksache 20/1117 in seiner 24. Sitzung am 21. September 2022 abschließend beraten. Der **Haushaltsausschuss** beschloss mehrheitlich, dem Deutschen Bundestag zu empfehlen, den Antrag auf Drucksache 20/1117 abzulehnen.

Der Beschluss wurde mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und AfD gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. gefasst.

Berlin, den 21. September 2022

Dennis Rohde
Berichtersteller

Christian Haase
Berichtersteller

Sven-Christian Kindler
Berichtersteller

Otto Fricke
Berichtersteller

Peter Boehringer
Berichtersteller

Dr. Gesine Löttsch
Berichtersterlin

